

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretärin

Ministerpräsident des Landes  
Schleswig-Holstein  
-Staatskanzlei-

Ministerium für Justiz,  
Europa, Verbraucherschutz und  
Gleichstellung

Ministerium  
für Bildung, Wissenschaft und  
Kultur

Ministerium  
für Inneres, ländliche Räume und  
Integration

Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt,  
Natur und Digitalisierung

Ministerium für Wirtschaft,  
Verkehr, Arbeit, Technologie und  
Tourismus

Ministerium für Soziales,  
Gesundheit, Jugend, Familie und  
Senioren

VI 12

VI 20

VI 26

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen  
4 fach

Landesverbände des Landes  
Schleswig-Holstein  
Reventlouallee 6  
24105 Kiel

Ministerium  
für Inneres, ländliche Räume und  
Integration  
- Kommunalaufsichtsbehörde - IV 31 -

Versorgungsausgleichskasse  
der Kommunalverbände  
in Schleswig-Holstein  
Knooper Weg 71  
24116 Kiel

Dienstleistungszentrum Personal  
Schleswig-Holstein  
Speckenbeker Weg 133  
24113 Kiel

Nachrichtlich:

Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Präsidentin des Landesrechnungshofes

Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte

Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesbe-  
hörden

23. November 2018

### **Rechtsstreitverfahren zur Sonderzahlung 2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf die Erlasse vom 01. Februar 2008, 25. Juli 2008, 24. November 2009, 18. November 2010, 24. Oktober 2011, 09. Oktober 2012, 25. Oktober 2013, 24. November 2014, 16. November 2015, 15. November 2016 und 08. November 2017 darf ich Ihnen mitteilen, dass Anträge auf Neufestsetzung der Sonderzahlung, die für das Jahr 2007 und ggf. für die Jahre 2008 bis 2017 gestellt wurden, für das Jahr 2018 nicht wiederholt werden müssen. Es liegt noch keine höchstrichterliche Entscheidung zu der Sonderzahlungsregelung Schleswig-Holsteins vor.

Bei erstmalig beabsichtigter Antragsstellung verweise ich auf das Schreiben vom 01. Februar 2008, in dem Folgendes ausgeführt worden ist:

„In Abstimmung mit dem Finanzverwaltungsamt wurde für den Landesbereich festgelegt, dass zur Klärung der Rechtsfrage verschiedene Einzelfälle als Musterverfahren durchgeführt und die übrigen Verfahren bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung ruhend gestellt werden. Der Kommunalbereich und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen wurden gebeten, dortige Verfahren ebenfalls ruhend zu stellen.“

Für den Fall einer wider Erwarten erfolgenden rechtskräftigen höchstrichterlichen Verurteilung des Landes sollte nach Auffassung der Landesregierung der Gleichbehandlungsgrundsatz auch für diejenigen Kräfte, die bislang keinen Antrag gestellt haben, gelten. Zur Umsetzung würde ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht werden.“

Ich bitte um Kenntnisnahme und Unterrichtung der Ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten etc.

Des Weiteren bitte ich - wie bisher - dieses Schreiben allen Beamtinnen und Beamten Ihres Bereichs in geeigneter Weise bekannt zu geben.

Mit freundlichem Gruß

  
Dr. Silke Schneider

Anlage: Erlass „Rechtstreitverfahren zur Sonderzahlung 2007“